

55.

D I E W I E D E R G E B U R T

D E S

R E I C H S T A G S .

- a. Bismarck und die Paulskirche.
- b. Die drei Gewalten.
- c. Forderungen.
- d. Die neue Mehrheit.
- e. Die neue Minderheit.

a. Bismarck und die Paulskirche.

Das Selbstbewußtsein, das sich in Europa ausgebildet, und dessen Wiedergeburt reißende Fortschritte macht, wird, so sehen wir, durch ein Zusammenwirken von Tatsachen der äußeren Anschauung, des inneren Lebens - gefühls und des gestaltenden Willens hervorgetrieben. Auf die Anschauung wirken die natürlichen Zusammenhänge des Raumes, des sich in diesem Raume abspielenden Wirtschaftslebens und eines freizügig nach Niederlegung aller örtlichen Schranken strebenden Verkehrs. Das innere Erlebnis wird bespeist von Tatsachen und Zusammenhängen des Geisteslebens; das sind Kräfte der Erinnerung und Einheiten durch den Wechsel der Zeiten hindurch; Glaube, Wissenschaft und Kunst, die Sitte und Gesellschaftsbildung fallen hierunter. Der gestaltende Wille aber bricht sich in Einrichtungen, in Notwendigkeiten des Handelns Bahn. Er wird also aus Instituten, aus Gesetzen, aus Gerichten und Ämtern seine Hilfskräfte aufbieten. Und umgekehrt wird die Einsicht in die natürlichen Zusammenhänge wechselwirkend dem Verkehr, der Zusammenhangssteigerung zu gute kommen; das Erlebnis wird die Schätze der europäischen Kultur berechnern, der Wille die Einrichtungen aufbauen und formen.

Unterscheiden wir diese drei Zweige des Selbstbewußtseins nach ihren äußerlichsten und sinn -

fälligsten Merkmalen, so werden wir die räumlich - verkehrszugewandte das Europäische schlechtweg nennen können, die geistig verbrüdernde und die Sprachentrennung Überwindende geistige Einheit die Internationale und das sozialistisch die Rechtsordnung über die Landesgrenzen erweiternde Streben das zwischenstaatliche.

Es handelt sich bei den europäischen, internationalen und zwischenstaatlichen Kräften also um drei verschiedene Dinge, die unausgesetzt in den Völkern ineinanderwirken, wie Erfahrung, Gefühl und Wille im einzelnen Menschen.

Mitten im Kriege kann uns mit dieser Erkenntnis freilich wenig gedient sein, wenn wir nicht diese Bestrebungen verkörpert sehen in Einzelnen oder Verbänden; denn nur dadurch werden wir dazu gezwungen, sie anzuerkennen und uns mit ihnen zu beschäftigen. Gedanken sind zu luftig, um uns Einhalt zu gebieten oder zum Einlenken in bestimmte Bahnen zu bewegen. Nur gebunden an die leibhaftige Person, an Personen - gruppen und Massen, verdienen sie die Achtung und Rücksicht des Politikers.

Soll also die allmählich sich herauschälende Einheit Europas, die aus dem Ausrasen der ersten drei Jahre und den vier Friedensvorschlägen des letzten vor uns aufwuchs, soll sie als eine politische Größe wirksam sein, so müssen im Lande Bismarcks und Goethes Träger für sie vorhanden sein. Die europäischen, zwischenstaatlichen und internationalen Kräfte,

die von außen gesehen die Friedensvorschläge hervor -
trieben, müssen von Innen, von unseren deutschen Stand -
punkt aus gesehen, zur B e f r i e d i g u n g der
Reichsnotwendigkeiten wirksam werden, sollen wir in
ihnen mehr als fromme Wünsche sehen.

Da trifft es sich nun, daß wir ja in
unserer Mitte eine besondere Art Kunsgebung erlebt
haben, die bis heut dem Volksgefühl nicht hat munden
wollen, die aber so eine Art steckengebliebenes Frie -
densangebot - also das fünfte in der großen Friedens -
offensive Gesamteuropas - darstellt. Das Wesen der
scheintar verunglückten Kriegszielresolution kann uns
vielleicht entschleiern, in welchen Strömungen Europa
bereits in uns selbst gärt und sich auftaut.

Diese Kriegszielresolution ist ein ärger -
liches Monstrum insofern, als sich hier der Reichstag
gewissermaßen breitspurig neben die Reichsregierung
gestellt hat, um unsere Friedensliebe in die Welt hi -
naus zu rufen. Das ist so etwas wie Davids Rede in
Stockholm oder wie Naumanns Mitteleuropa. Denn wie
hier zwei Männer und Parteileute unter bewußter Ver -
meidung des politischen Dienstweges Deutschlands Ab -
sichten und Pläne dem Auslande verdolmetschen möchten,
so will Erzberger als Vater der Kriegszielresolution
neben die Reichsleitung sekundierend treten, weil die -
ser ja seit dem 12. Dezember die Hände gebunden sind.

Das, was allgemein an diesem Schritt befremdet, ist dies Vorteilwirkenwollen neben der Reichsregierung, dies, eigenartige, in unserer Antwortnote an den Papst „Selbsttätigkeit“ des Volks genannte Verfahren.

Der Reichstag hat sich auf diesen Beschluß festgelegt während einer Kanzlerkrisis, während eines Wechsels im Auswärtigen Amt. Also in demselben Augenblick, als die Dienststellen für auswärtige Politik kopflos wurden, hat der Reichstag seinen Kopf erhoben und sich zum Sprachrohr an das Ausland gemacht. Dazu hat alles den Kopf geschüttelt. Ist das eine Art, die Regierung, die uns vertritt, nach außen zu stützen? Staat hinter sie zu treten, um ihre Stirne als Resonanzboden machtvoll zu verstärken, tritt das Parlament neben sie? Und widerlegt nicht der Erfolg den Schritt? Niemand im Friedenslager hat die Resolution ernst nehmen wollen. Umgekehrt haben sich dort alle, den Reichstagsbeschluß beiseite schiebend, an die Worte des neuen Kanzlers gehalten, eines Mannes, der doch eingestandenermaßen bis dahin ein reiner Staatskommissar war und von Reichsleitung nichts zu wissen brauchte.

Irgend ein Mißgriff oder eine Mißbildung offenbart sich also in diesem Vorgang. Aber dürfen wir ihn deshalb für das Ungefüge verantwortlich machen, das er aufdeckt? Das wäre doch eine bequeme Sache, ein Übel am Reichskörper dadurch zu beseitigen, daß sein unangenehmer Ausdruck verhöhnt und gesadelt wird. Ob die 219 Stimmen der Mehrheit wirklich zufällig

zusammengeweht sind, ob sie nicht vielmehr nur der offene Ausbruch eines alten Übels und damit seine erste Heilungsmöglichkeit sind?

Als im Jahre 1848 die deutsche Bewegung mit dem treu evangelischen Liede „Jesus meine Zuversicht“ vor den Mauern des grauen Schlosses in Berlin eingesungen wurde, da zerstob plötzlich die deutsche Zerrissenheit in Bundesstaaten und Stätlein und in Wege rechtens wurde unter Mitwirkung der Regierungen und Behörden in allen deutschen Landen die Nationalversammlung der Paulskirche gewählt. Dieser erste Reichstag des deutschen Volks schuf das Grundgesetz, auf dem das Reich sich aufbaut: das preußische Erbkaisertum, den weiteren Bund mit Österreich, den Erwerb Schleswig-Holsteins, die Begründung einer deutschen Flotte und den Reichstag mit dem freiesten Wahlrecht der Welt. Die sofortige Durchführung dieses Grundgesetzes scheiterte an der Verquickung der deutschen mit der preußischen Frage. Nicht die deutsche Reichsgründung selbst mißlang 1849, sondern Preußens Stellung in der Welt erlaubte ihm nicht, das ihm darin geworfene Los sogleich zu ergreifen. Fünfzehn Jahre später regierte Otto v. Bismarck in Preußen treu nach dem Willen seines Königs, im Reiche hingegen treu den Beschlüssen der Paulskirche. Alle Ideen der Paulskirche hat Bismarck vollstreckt, er hat ihren Geist ins Fleisch gebracht durch Blut und Eisen. Das war seine gewaltige Tat. Nun ent-

stand das Reich genau nach dem Bilde der Paulskirche, nur der Weg war anders, dorniger und weiter, als damals notwendig geschienen hatte. Volkes Willen hat Bismarck vollstreckt. Den Grundriß von 1848 hat er leibhaftig aufgebaut. Das einzige, was er dem Reichshaus, wie es damals entworfen war, hinzufügte, war das Reichsland Elsaß-Lothringen als Siegespfand des gemeinsamen Krieges. Oder halt! Noch etwas war nicht vorgesehen weder von der Paulskirche noch von Friedrich Wilhelm IV. das war die gewaltige Stellung des Kanzlers Bismarck selbst. Das Elsaß und er selbst: sie sind dem Volkstraum von 1848 fremd. Und bis heute unterscheiden sich diese beiden Bestandteile unserer Reichsverfassung sehr wesentlich von allen anderen. Alles am Reich, was auf 1848 zurückgeht, einschließlich Preußens Erbkaisertum und einschließlich der deutschen Flotte, einschließlich Schleswig-Holsteins und des Bundes mit Österreich-Ungarn steht heut für Europa außer aller Frage. Nur zwei Dinge sind übrig als Fragen und als Steine des Anstoßes: Elsaß-Lothringen und der preussische „Militarismus“. Um sie zu solchen zu machen, genügt nicht der Neid und die Gier der Feinde, auf welche es freilich nicht ankommt. Nein, wir selbst sind genötigt, die Fragen zu stellen, die sie beide uns aufgeben.

Bismarck hat in Preußen den königlichen Willen, im Reich den der Paulskirche vollstreckt, daß hat ihm von 1863 - 1871 Deutschlands Herz gewonnen.

Er hat durch den Krieg das Widerstreben der Bundesfürsten gegen Preußens Heerkönigtum gebrochen und zugleich Wilhelms I. Widerstand gegen den Charaktermajor, die Kaiserwürde. Der alte König empfand richtig, daß seine Krone viel größeres aus eigener Kraft erreichte, wenn sich Bayern ihm als dem Könige von Preußen fügen mußte. Ungern nahm er die Last der deutschen Kaiseridee auf sich. Königspolitik und Reichstagspolitik hat Bismarcks Zähigkeit am achtzehnten Januar 1871 versöhnt. Es wäre also zu erwarten gewesen, daß im Reiche weiter Volkswille, in Preußen weiter Königswille sich betätigt hätten. Das aber trat nicht ein. Unsere Verfassung wurde von ihrem Gründer zerrissen: Er schuf statt des Reichsministeriums sich selbst das Kanzleramt und im Reiche wie in Preußen galt in immer steigendem Maße, seit 1879 ausschließlich, des Kanzlers Wille.

Am 9. Januar 1884 beschloß das amerikanische Repräsentantenhaus in Washington, dem Deutschen Reichstag zu dem Tode Eduard Laskers, des Urhebers unseres deutschen Gesetzbuches, sein Beileid auszusprechen. Der Deutsche Reichstag stand also damals noch in der Welt sichtbar vor dem Auslande da und schien geeignet, einen Gruß von Volk zu Volk entgegenzunehmen. Die Kundgebung entbehrte jeden politischen Beigeschmacks - Laskers Tod war auf Amerikas Boden eingetreten. Wir können also an ihr ablesen, wie damals der Reichstag noch mit gesehen wurde vom Auslande, wenn dieses

auf unser Reich blickte. Bismarck hat diesen Beschluß Nordamerikas nicht übermittelt; er hat dem Reichstag diese Ehre, vom Ausland begrüßt zu werden, verweigert. Seine Beweggründe mögen auf sich beruhen. Aber der deutsche Reichstag hat sich diesen Fußtritt gefallen lassen. Damit versank er von der internationalen Bühne und ward nicht mehr gesehen. Seitdem war einzig der Kanzler der Träger des Reichslebens vor den Augen des Auslands. Als er abtrat, war das Parlament bereits völlig zerrieben und willenlos. Das Verhältnis zwischen Kaiser und Kanzler kehrte sich freilich 1890 um. Die Verfassungsumwälzung, die Bismarck zwischen 1879 und 1884 durchgeführt hatte, blieb indeß in Kraft. Einen dem Ausland sichtbaren Volkskörper gab es auch ferner nicht bis 1914. Da aber im Kriege ward es plötzlich anders. Der Reichstagspräsident tauscht seitdem regelmäßig Depeschen sonder Zahl mit den verbündeten Parlamenten aus, es sind deren leider nicht so viele, als daß seine Stimme dadurch die lange Welt-entfremdung überwände. Das neutrale und feindliche Ausland aber sieht diesen Reichstag nach wie vor nicht. Denn es kennt nur den vor 1914.

Bismarck hat in seinen sieben Glanzjahren den Willen des deutschen Volkes respektiert, indem er ihn gewissenhaft vollstreckte. Er ist hingegen von da ab in preußischer Generalsuniform in den Reichstag gekommen und hat so sein preußisches Amt, für das er dem Könige verantwortlich ist, über sein Kanzleramt

gestülpt, für das er nach der Verfassung der Reichsta -
 ge Verantwortung schuldet. Dies ist durchaus keine
 m i l i t a r i s t i s c h e Schrulle oder Äußer -
 lichkeit, sondern eine politische Handlung. Denn auch
 innerhalb des „Militarismus“ könnte ein wirklicher
 Reichskanzler nur Admiralsuniform tragen.

Die Folge war, daß die deutsche auswärtige
 Politik für jeden Ausländer auf zwei Augen stand. Seit
 jenen Unglücksjahr 1894 hatte der Reichstag nur noch
 Sympathien oder Antipathien in der auswärtigen Poli -
 tik, also bloße Gefühle, aber keinerlei Ideen. Und in
 demselben Jahre hört Deutschland notgedrungen auf, den
 Gesättigten zu spielen. Unsere Kolonialpolitik setz -
 te ein! Wir hatten seitdem eine aktive Außenpolitik
 mit zunehmenden Reibungsflächen. Und sie stand ganz
 und gar auf zwei Augen!

Schauernd erinnert sich jeder Königs -
 treue Mann des schmerzlichen Ausbruchs von 1906, als
 das Volk einmütig sich auflehnte gegen diesen Zustand,
 daß eine einzige Stirne sein weites Reich in die
 Welt hineinführen solle. Künstlich und unhaltbar er -
 schien das. Das war nicht etwa eine Parteisache der
 Linken. Vielmehr wurde damals der Keim gelegt zu dem
 faun giftigen Mißtrauens, der heute als Kanzlerfronde
 die Grundvesten des Reiches erschüttert und einen
 Kanzler gestürzt hat! Und einmütig bedrückt heute den
 gemeinen Mann der Gedanke: es ist unheillich, daß unse -
 re auswärtige Politik auf zwei Augen steht. Was also

hat es mit dem deutschen Militarismus genau genommen auf sich? Er entsteht aus der Verquickung des preussischen Herrkönigtums und der auswärtigen Politik des Reichs. Es war zum Dogma bei uns geworden, daß wer auf die Außensteuerung Einwirkung des Volkes fordere, der Königsgewalt zu nahe trete. Es hat den Krieges bedurft, um uns diesen Irrtum darzutun. Heeresgewalt des führenden Bundesstaats und Außensteuerung des Gesamtreichs sind zwei sehr wohl trennbare Dinge. Diesen Gefühl hat die Kriegszielresolution einen ersten schlichteren, unreifen und darum mißtönenden und mißverständlichen Ausdruck gegeben. Aber eingestellt in den Rahmen unseres Reichsschicksals, angereicht den Daten des 6. April 1849 und 3. Januar 1864. lockt der 10. Juli 1917 zur Nachdenken über die Grundkräfte unserer Verfassung. Es gilt, seine Halbheit zu Ende zu denken, indem wir die Ordnung der Gewalten im Reiche uns verdeutlichen.

Lange genug haben wir französische, englische, belgische Verfassungsformen als Typen der Staatslehre studiert. Es ist höchste Zeit, daß beim Anbruch der Friedenszeit eine volkstümliche Anschauung unseres Reichshauses im Volk sich ausbreite. Heut hatte bis zur Kriegszielresolution die tief wurzelnde Gedankenlosigkeit auch bei uns Geltung, die alles Staatsrecht in einfache Gegensätze auflösen will: Volk und Staat, Kaiser und Reichstag, Bundesstaaten und Reich, Monarchie und Parlamentarismus, diese billigen, nach Frankreich

und England schielenden Entweder-Oder lebten auf. Fast komisch war es, wie die öffentliche Meinung in der letzten Krisis lange Zeit des Bundesrats ganz vergaß. Als der bayrische Sondergeist ihn dann zum Panier erhob, stand alles eine Weile verduzt davor und fragte: Ja, was machen wir mit dem Bundesrat? Den Gipfel der Verwirrung erklimm der Vorschlag, es solle ein Reichstagsmitglied gleichzeitig Bundesratsbevollmächtigter werden dürfen. Er belegt am schlagendsten, wie fremd dem Volk bis heut seine Verfassung geblieben ist. Und doch enthält sie unverkümmert und vorbildlich für alle Welt die Gewalten, die drei Gewalten, die seit tausend Jahren die Staaten erhalten, und auf denen ein jedes Reich sich gründen muß. Ein geheimes Gefühl für den Vorzug unserer deutschen Zustände hat auch keinen Deutschen während des Krieges verlassen. Nicht unsere Verfassung hat versagt, wohl aber die des englischen Parlamentarismus, des Zartums und der Republik der Kameraden. Trotzdem herrscht bei uns Verwirrung und Unlust, weil der einfache Mann sich nicht getraut, in unserem Bundesstaat eine einfache und notwendige Ordnung zu finden. Ohne diese Einsicht in eine Sache vermag sich aber menschlicher Stolz auf sie schwer zu behaupten.

Versuchen wir also, die Gewalten der deutschen Rechtsordnung uns in die Sprache des Alltags zu übersetzen. Dabei wird sich vielleicht auch ein weiteres totgehetztes Geschwätz erledigen: Über die Schuld

und Unfähigkeit unserer Diplomatie. Die Enthüllungen während des Krieges haben eins klarmachen können: daß die Ziele unseres Reichsoberhauptes die rechten, vom höchsten Verantwortungsgefühl erwählten, gewesen sind. Die Erörterung kann von uns deshalb mit voller Ehrlichkeit geführt werden, weil inhaltlich unsere Reichsleitung vom richtigen Geiste beseelt gewesen ist. Die Person unseres Kaisers ist turmhoch über alle Lüge und Verleumdung hinausgewachsen. Nicht, was er für uns geplant, erleidet irgend welchen Tadel - niemand unter den Lebenden hätte Besseres, Reineres ins Werk zu setzen vermocht -, sondern die Mängel unseres inneren Reichsbau's, die ihn vor den Augen der Auslandswelt all' der ministeriellen Bekleidungsstücke beraubten, deren ein Monarch bedarf, und die ihn persönlich für alle und jede Kleinigkeit draußen bloßstellten, sind unhaltbar geworden. Nicht also der Inhalt, sondern die Formen der auswärtigen Politik bedürfen der Erneuerung. Diese Formen sind nicht von Wilhelm II. und den „Epigonen“, sondern vom Reichsgründer geschaffen worden. Sie sind es, die sich als unhaltbar erwiesen haben, weil sie nicht auf die Menschen, sondern auf Eienen Menschen zugeschnitten waren. Die Gewalten des Volkslebens aber, die es zum Staat zusammenfassen, sind immer und ewig die gleichen und werden von Herveu deshalb zerrieben.

b. Die drei Gewalten.

Drei Gewalten sind im Reiche anzuerkennen, die eine jede wesensverschiedenen Anteil an der gegliederten Macht des Reiches haben, und deren Unabhängigkeit von einander die Grundlage und Bürgschaft für alle Freiheit und Freiheiten im Reiche bildet.

Diese drei Gewalten sind .

1. Die R a t g e w a l t , der Inbegriff des Erbguts aller Art in unserem Volk an Besitz, geistiger Eigentum, an Sonderformen einzelner Landestteile und Bevölkerungsschichten, in Adel und Ständen, Stämmen und Landschaften.

2. Die K r a f t g e w a l t , der Inbegriff aller neuen zum Leben drängenden Kräfte des Volks, die rechtlich noch nicht geordnet sind, die Parteien des Wirtschafts- und Rechtslebens, die sich eben danach scheiden, ob sie die Vererbung des Erworbenen oder den Neuerwerb und den Umschwung in der Lebensordnung stärker betonen. Wenn die Ratgewalt die Väter verkörpern muß und deshalb das Land, die deutschen Vaterländer, weil in das Land alles hineingefurcht wird, was die Arbeit der Jahrhunderte an Feldern, Wäldern, Städten und Straßen aufbaut, so muß die Kraftgewalt dem ewigen Jungborn, dem ehnenlosen Zukunftsgeschlecht geweiht sein, den Söhnen des Volks. Das Land bewahrt und behält im Gedächtnis, das Volk blüht auf und treibt ins Neuland.

3. Ratgewalt und Kraftgewalt verkörpern also den ewigen Zwiespalt zwischen Vätern und Söhnen; das Erbe und die Urkraft treten einander in ihnen gegenüber.

Zwischen dem Alten und zwischen dem Neuen bedarf es eines unablässigen schöpferischen Ausgleichs. Wie im einzelnen Menschen erst aus diesem Ausgleich sich der Schlag der Lebenswelle prägt, so empfängt auch im Menschentum erst durch diese Aussöhnung das Leben „tatsächliche“ Gestalt. Die Einheit zwischen Erbe und Zukunft kann nur die Tat geben der lebendigen für beides verantwortlichen Persönlichkeit. In jeder Volksordnung muß zum Schutze gegen die innere Parteilung und gegen die Feinde außen eine **Tatgewalt** bestehen.

Diese drei Gewalten werden bei uns im Deutschen Reich von einander unabhängig dargestellt.

Die Ratgewalt des „Vater“lands verkörpert sich in den Bundesstaaten und ihrem höchsten Organ, den verbündeten Regierungen, dem Bundesrat. Die vertritt **D e u t s c h l a n d**. Die Kraftgewalt des Volks verkörpert sich im Reichstag, an dessen Hirnseite daher mit Fug „**d e u t s c h e n V o l k e**“ steht.

Die Tatgewalt verkörpert sich im Kaisertum. Der Kaiser, mit seinem Heere als Kriegsherr nach außen, mit seinem Kanzler als Ratgeber drinnen, verkörpert nicht „Deutschland wie der Bundesrat, noch das Deutsche Volk wie die Volksvertretung, sondern das

D e u t s c h e R e i c h .

Aus den entgegengesetzten Aufgaben der drei Gewalten entspringt ihre eigenartige Bildung. Die Ratgewalt ist eine sachlich-vertraulich beratende Ratsversammlung, in der alles zur Geltung kommt, was bereits Geltung hat. Der Bundesrat berät geheim, damit er rein sachlich verfahren kann. Dadurch kann er sich so hoch über einen französischen Senat oder ein englisches Oberhaus erheben, wie er es zu unserem Heile tut. Denn G r ü n d e , die berühmten „Erwägungen“, sind es, die den Bundesrat leiten und leiten sollen. Seine Aufgabe ist es, bedächtig zu verfahren und fürsorglich pfleghaft für alles auf dem Boden des Reichs Erwachsene.

Umgekehrt ist die Kraftgewalt eine öffentlich-streitende, rücksichtenfreie, jeder noch so unausgegorenen Richtung zum Worte verhelfende Redeversammlung. Nie darf der Reichstag sich von geheimen oder vertraulichen Ausschüssen überwältigen lassen, die ihn zu einem schlechten Nachahmer des Bundesrats herabwürdigten. Denn öffentliche, offenbare, allgemein gebilligte Z w e c k e sollen die Kraftgewalt treiben. Weshalb sie nicht erwägt oder berät, im eigentlichen Sinne dieses Wortes, sondern debattiert und diskutiert und vor allem die Stoßkraft ihrer Überzeugungen in der Abstimmung mißt. Gewiß - auch der Bundesrat stimmt ab neben seinen Beratungen; auch der Reichstag berät vor

seinen Abstimmungen. Aber dort soll die Abstimmung die Folgerungen ziehen aus der Beratung; hier soll umgekehrt die Beratung die bevorstehende Abstimmung rechtfertigen. Diese umgekehrte Verwertung der Körperschaftlichen Handlungen prägt sich eben in dem umgekehrten Verhältnis von Geheimnis und Öffentlichkeit aus.

In der Volksvertretung kann die Abstimmung namenlos und geheim sein, falls nur die Beratung öffentlich vor sich geht. Umgekehrt muß in dem Bundesrat notwendig und verfassungsmäßig namentlich abgestimmt werden, die Beratungen hingegen sind geheim und vertraulich. Denn in der Ratgewalt kommt es gerade darauf an, wer stimmt, hingegen gehört wird jedes sachlich begründete Urteil. Die Kraftgewalt aber will umgekehrt dahin, wohin die Mehrheit drängt, ganz gleich, wer sich jeweils in ihrem Schoße zur Mehrheit aufwirft; als Gegengewicht gegen die Gewicht der namenlosen Mehrheit wirkt die öffentliche Rede der angesehenen „namhaften“ Redner und Führer der Parteien.

Zwischen Rat- und Kraftgewalt muß die Tatgewalt sich aus dem Wesen ihrer Aufgabe heraus als eine persönlich-verantwortliche behaupten, d.h. als eine solche, die ihre Entschlüsse zwar innen vertraulich faßt, die aber für diese Entschlüsse ihre Person sichtbar und allen Volksgenossen verständlich einsetzt. Der Kaiser ist daher darauf angewiesen, allen abstrusen und besonderen Gründen, wie sie im geheimen Rat sich

aussprechen und allen unverständlichen oder zweideutigen Beschlüssen, wie sie eine Mehrheit leicht faßt, aus dem Wege zu bleiben auf der Bahn seiner Handlungen. Er ist dazu gezwungen, mit freiem Entschlusse rechtzeitig das Notwendige zu tun. Denn nur das Notwendige wirkt selbstverständlich.

Der innere Aufbau der drei Gewalten ist durch Eine besondere Wirkweise deutlich gegeneinander abgesetzt. Der Bundesrat und alle ihm zugewandten Lebensformen im Reich erhalten sich durch Besitz, Erziehung und Berufsüberlieferung: Ausdruck dessen ist das berühmte deutsche Examen. Der Reichstag und alle ihm zugeordneten Körperschaften im Reiche erhalten sich durch Überzeugungen, Anschauungen und persönliches Gewicht und Charakter. Ausdruck dessen ist die Wahl. Das Kaisertum aber erhält sich inmitten dieser zwiespältigen Einflüsse der Überlieferung des Standes und Berufes einerseits, der Selbstherrlichkeit des Einzelnen andererseits ebenso, wie das gesamte Volkstum sich zwischen Vätern und Söhnen immer wieder erneuert: im Hauswesen und durch das Geblüt. Der Stammbaum einerseits, die Familie andererseits sind für den leiblichen Nachwuchs die wunderbare Verbindung von Überlieferung und Wahl. Indem sie in die geistige Gliederung des Volks hineinragen als Königshaus und Königsgeschlecht, bewahren sie uns vor der Skylla eines geistigen Mandarinentums der „objektiven“ Examina und der Charybdis einer willkürlichen Ausartung subjektiver Talente und

Genialitäten.

Ein Vergleich mit anderen Großmächten lehrt, daß sie von den drei Gewalten eine oder die andere in den Vordergrund rücken: England ^{hat} seit der Enthauptung des Königs und des Königtums die Ratgewalt und die Kraftgewalt allein entfaltet, zuerst unter Verschiebung der Ratgewalt. In den Jahrzehnten vor dem Kriege war eine Entwicklung im Gange, die ihr die Kraftgewalt überordnete. Der Krieg brachte dann in Lloyd George den Triumph der Tatgewalt, die Herrschaft des einen Mannes, ohne daß ein haltbarer Ausgleich der drei Gewalten bisher geglückt wäre.

In Frankreich ist bekanntlich die Kraftgewalt des Parlaments offiziell der alleinige „Souverain“. Heimlich regiert um so unbeschränkter die Ratgewalt, das Beamtentum. Der Mangel der Tatgewalt führt zur „Affäre“. Denn jede „Persönlichkeit“ macht sich der Tyrannis verdächtig. Das stumme Duell Poincaré - Caillaux ist noch nicht entschieden.

In Italien fehlt eine ehrliche und im Volkstum verwurzelte Schichtung der Gewalten noch ganz, vor allem dadurch, daß die landschaftlichen Sonderbildungen von der Einheitsbewegung einfach weggewischt worden sind.

In Österreich geberdet die Kraftgewalt sich wie eine Verkörperin aller angestammten Überlieferungen, als verkampter Bundestag. Es fehlt dort also trotz des freiesten Wahlrechts an einer echten Kraftgewalt.

In Amerika ist merkwürdigerweise durch das Dogma von den drei Montesquieu'schen Gewalten eine wahrhaftige Tyrannis der Tatgewalt ausgebildet worden. Rat- und Kraftgewalt sind ihr gegenüber ohnmächtig. Die Folge ist das „Unverständlich“-Handeln des Präsidenten, statt der klaren, notwendigen Maßnahmen eines Herrschers.

In allen Staaten hat der Krieg zu Verfassungsverschiebungen geführt. Obwohl bei uns Deutschen die drei Gewalten in ihrer Reinheit angelegt erscheinen, ist dennoch ihr Verhältnis im Kriege zweifelhaft und fragwürdig geworden. Das beweist schon die allgemeine Unkenntnis und das Unbehagen über unser Reichsrecht.

c. F o r d e r u n g e n .

Das allgemeine Unbehagen hat nun seine Ursache nicht in irgend einem Konflikt von Bundesrat und Reichstag, sondern einzig und allein in der Bismarck'schen Erbschaft für die Außenpolitik.

Aus drei Kräften ist das Deutsche Reich gebildet worden: aus dem preussischen Königtum, den deutschen Einzelstaaten, der Nationalversammlung der Paulskirche. Kaisertum, Bundesrat und Reichstag sind alle unabhängig von einander, das heißt: alle drei

sind von Gottes Gnaden, der in ihnen Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft unseres Volks verkörpert. Die Reichsleitung wird daher von drei aus diesen drei Einrichtungen stammenden Organen gehandhabt werden müssen. Heute erscheint der deutsche Reichskanzler in preussischer Generalsuniform im Reichstag, zum deutlichen Zeichen, daß er preussischer Ministerpräsident ist. Denn als Reichskanzler dürfte er höchstens Admiralsuniform tragen. Alles drängt nach einer Beteiligung des Reichstages an der Reichsleitung. Es ist aber unmöglich, den Kanzler zu parlamentarisieren, eben weil er der Vorsitzende des Bundesrats ist. Ebenso ungangbar ist z.B. ein parlamentarischer Schatzsekretär. Denn die Bundesstaaten würden auch hier mit Recht gegen Eingriffe in ihre Befugnisse protestieren. Und so steht es mit allen Reichsämtern der inneren Politik. Nun besteht aber heute auch gar kein Zündstoff zwischen Bundesrat und Reichstag. Wo dagegen die Lunte glimmt, zeigt die hitzige Debatte über den Nachfolger Zimmermanns in der Presse. Wie Hintze, wie Bernstorff - da zeigt sich plötzlich eine entschiedene Stellungnahme, die genau gleichläuft mit: wie Kriegszielresolution, wie Minderheit. Der Leiter der Außenpolitik ist der einzige Reichsbeamte, den der Reichstag heute in die Reichsleitung entsenden kann. Denn nur für ihn gilt es eine Reichstagsmehrheit. In Steuerfragen z.B. wird sich diese Mehrheit alsbald durcheinander gruppieren. Der Partikularismus des bayrischen Zentrums z.B. wird jedem

andern Amtsträger die Abhängigkeit von einer Reichstagsmehrheit unmöglich machen. Hingegen bietet ein parlamentarischer Außenminister keinerlei Konfliktstoff mit dem Bundesrat. Er hätte vielmehr dem Bundesratsausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten genau so Befehl zu stehen wie es heute der Kanzler formell schon tun soll. Erst dadurch gewinnt dieser Ausschuß wirklichen Sinn und Bedeutung. Dieser Außenminister würde den Vorteil, kein Beamter zu sein, der auf Befehl handelt, also den Monarchen doch nicht nach Außen vor den Augen der Welt deckt. Der Haß gegen den Kaiser wird zerteilt. Europa sähe hier einen Mann, der selbst ein Programm vertritt und daher einen eigenen Ruf zu verlieren hat. Und wo wir hinhören, will das Volk in dumpfem Drang aus der Gefahr einer Politik, die auf zwei Augen steht, heraus. Nicht der Inhalt unserer ach! nur zu friedlichen Außenpolitik hat uns geschadet, sondern einzig ihre rechtliche Form. Natürlich müßte ein solcher von der Mehrheit getragener Mann bereits die Außenpolitik gedanklich befahren haben. Erzberger, Naumann, David würden bereits heute solche Männer sein. Will die Mehrheit aber lieber einen im Außendienst gewiegten Mann, Kühlmann, Brockdorff oder dgl., so ist auch das möglich. Dieser müßte dann sofort ein Reichstagsmandat antreten. Keinesfalls dürfte er Mitglied des Bundesrats werden. Vielmehr genösse er dort die Rechte, die umgekehrt Bundesratsmitglieder im Reichstag genießen. Die oft lautgewordene Forderung

nach einer Aufhebung des Verbots, daß Abgeordnete Mitglieder des Bundesrats werden, ist geradezu rückschrittlich. Sie würde das Reichstagsmitglied als solches allerdings endgültig degradieren. -

Ein parlamentarischer Außenminister als dritter Mann in der Reichsleitung hindert natürlich nicht, daß der Kanzler weiter preußischer Minister des Auswärtigen bleibt. Im Gegenteil: Nur er wird auch künftig seinen Gesandten beim Vatikan instruieren, nicht der Reichsminister! Erst so gäbe es wieder eine p r e u ß i s c h e Handlungsfreiheit.

Nur der Außenminister hätte zu gehen, wenn ihm seine Mehrheit das Vertrauen entzieht, oder wenn sie auseinanderbricht. Von dem Kolonialminister gilt das Gleiche.

Die einzige „Militarisierung“ des Reichs liegt in jener auf Bismarck zurückgehenden Verkennung der Tatsache, daß des Reichsgründers Erfolge in der Außenpolitik gerade darin wurzeln, daß er das Programm der Paulskirche annahm. Er hat nicht das Ziel gesetzt, sondern nur genial den Weg gewiesen. Nur die Kraftgewalt, in der die noch freien schöpferischen Volkskräfte vertreten werden, kann jeweils die Ziele der Außenpolitik so setzen, daß sie draußen Widerhall und Vertrauen erwecken. Hierin muß sich die Gleichberechtigung des Reichstags ausdrücken und verkörpern und die Überwindung des „Erbe Bismarcks“.

Bestenfalls Schritt zur

d. Die neue Mehrheit.

Der erste Schritt zur Wiedergeburt der Volkstümlichkeit auswärtiger Ziele ist in der Kriegszielresolution der Mehrheit des Reichstags zu erblicken. Sie konnte noch nicht befriedigen. Denn sie ist unfertig. Auch schien es, als wolle die Mehrheit nicht nur die Zielsetzung, sondern auch die Wegweisung an sich reißen, die der Reichsleitung allein zusteht. Aber die Zeit scheint reif zu sein für eine einheitliche, klare Weiterführung der Arbeiten der neuen Mehrheit.

Die bis heut so heillose Parteizersplitterung des Reichstags wurzelte im wesentlichen darin, daß die einzelnen Parteigegensätze auf drei verschiedenen Entwicklungsstufen unseres öffentlichen Lebens entstanden waren. Demokraten und Konservative waren die Gegensätze schon in den Einzelstaaten gewesen; Nationalliberale und Zentrum wurden die Gegenfüßler des werdenden Reichs, Staatssozialisten (mit all' ihren Schattierungen: Bismarck, Stöcker, Schmoller, Naumann) und Zwischenstaatssozialisten die Gegenspole im fertigen Reichstau. Der Krieg hat alle diese drei Stufen überwunden. Die Stunde verlangt gebieterisch nach einer lebensfähigen Mehrheitsbildung im Reichstag. Dabei entspricht es nur der deutschen, auch sonst hervortretenden Eigenart des sorgfältigen Aufbaus, daß sie nicht in der Zertrümmerung der alten Parteigebilde, sondern

in ihren genossenschaftlichen Zusammenschluß sich verkörpern muß. Auch kann keine Verwaschung und Verwischung der einzelnen Gruppen dabei - wie etwa in Frankreich - erwartet werden. Auch unsere Parteien müssen wie die Bundesstaaten im Reich ihre wurzelhafte Selbständigkeit beibehalten. Aber unsso dringender bedarf dann die neue ihnen übergeordnete Parteigenossenschaft und braucht die neue Mehrheit für sich selbst als Ganzes eine klare, unzweideutige Inhaltsbestimmung. Denn schon jetzt zeigt der Vorstoß des bayrischen Zentrums, wie brüchig die neue Gliederung bleibt, solange sie auf Personen- und reine Tagesfragen beschränkt ist. Nimmermehr kann eine solche Front als Phalanx gelten, mit der ein Reichskanzler Politik treiben darf.

Zum Glück stehen wirklich hinter den Tagesereignissen tiefe geschichtliche und geistige Notwendigkeiten. Klare, unzweideutige Verbindungslinien für die neue Mehrheit lassen sich ziehen.

Die Notwendigkeit, Deutschland aus seiner geistigen und politischen Isolierung herauszuführen, hat Sozialdemokraten, Fortschrittler und Zentrum zu einem gemeinsamen Vorstoß zusammengeführt. Die Nationalliberalen haben sich gespalten und sind teilweise ins Lager der Siegfriedsparteien abgeschwenkt, teilweise als Liberale dem Ruf: Heraus aus der Vereinsamung! gefolgt. Hier liegt der Schlüssel für die Lage. Das Zu-

sammengehen der Sozialisten, Liberalen und Klerikalen ist kein zufälliges. Nachdem die rein positivistische Politik uns Deutsche allen übrigen Völkern unverständlich und damit verhaßt gemacht hat, kann eine Verständigung nur erfolgen, wenn die deutschen Parteien die Maßstäbe für ihre Betrachtungsweise hinausheben über die schwarz-weiß-roten Grenzpfähle, wenn sie die ersten sind, die wieder europäische Grundsätze in der Politik heimisch machen. Nur dann kann, dann aber wird auch die Welt an deutschen Wesen genesen können.

Drei große Gebiete muß ein Parteiprogramm erfassen: der Wirtschaft, des Rechts und der Kultur. Für alle diese Gebiete können sich Erzberger, Naumann und Scheidemann ohne Schwierigkeit auf Programmpunkte einigen, die den Weg zum europäischen Frieden weisen. Denn eine nach haltbaren Maßstäben suchende Politik fordert drei große Rücksichten:

Erstens für das Gebiet der Wirtschaft europäische, beziehungsweise mitteleuropäische.

Zweitens für das Gebiet des Rechts zwischenstaatliche.

Drittens für das Gebiet der Kultur internationale.

Es ist wichtig festzuhalten, daß diese drei großen Rücksichten sich auf ganz verschiedene Zusammenhänge beziehen. Denn es sind

I. die europäischen oder mitteleuropäischen Umstände, solche, die aus der Lage der Gebiete und aus den geographischen Notwendigkeiten gewisse Verkehrs- und Wirtschaftsforderungen erheischen. Sie knüpfen an den

räumlichen Zusammenhang an.

II. Zwischenstaatliche Umstände sind solche Umstände, die zur Herbeiführung einer rechtlich befriedigenden Lebensordnung eine Zusammenarbeit und ein gemeinsames amtliches Handeln mehrerer Staaten erfordern. Sie beruhen auf Verwandtschaft der Lebensgestaltung.

III. Internationale Umstände sind von wirtschaftlicher und rechtlicher Verbindung unabhängig; sie verlangen weder räumlichen noch organisatorischen Zusammenhang. International ist der geistige Austausch zwischen den Völkern, ist die Überkommene und sich unablässig erneuernde Glaubens- und Wissensgemeinschaft.

International sind die rein geistigen übernationalen Zusammenhänge.

Die drei Elemente dürfen daher nicht einseitig nach einem von ihnen als „europäisch“ oder „international“ oder „zwischenstaatlich“ angesprochen werden. So lebhaft sicherlich alle diese Elemente auf einander wirken, so deutlich muß das neue Programm sie auseinander halten. Nur dann läßt sich erkennen, daß trotz aller inhaltlichen Gegensätze Zentrum, Liberale und Sozialdemokraten sich zur Überwindung der schwarz-weiß-roten Gesichtspunkte auf eine großdeutsche Zieltafel einigen können und einigen müssen.

Wodurch kommt denn die neue Mehrheit zustande? Durch ihr Bedürfnis, die heillos verfahrenere Ideenbildung in unserer Volke förderlicher, zugleich aber auch draußen wohltönender Weise als bisher auf sich zu nehmen. Die Weitsicht der Spitze des Reichs

in unsere Weltlage, bisher fast immer lahmegelegt durch das blinde Unverständnis der Parteien, soll unterwachsen werden durch die spontane Einsicht und Mitarbeit des Volksganzen. Erzberger im Ausschuß, Naumann in seinem Mitteleuropa, Scheidemann und David in Stockholm leisten alle schlecht und recht die gleiche Pionierarbeit. Sie gewinnen die Zielbildung der auswärtigen Politik dem Reichstage zurück, dem sie Bismarck unter Berufung auf die Großmachtstellung des preussischen Staats, mehr noch durch seine Ablenkung der Aufmerksamkeit auf die Mittel zur Macht entrungen hatte. Hier wird die Eigenart unserer deutschen Verfassung gegenüber etwa der englischen klar. Dort liefert die Revolution der Stände gegen den König am Ende den im Parlament vereinigten Ständen sowohl das Heer als auch die auswärtige Politik aus. Bei uns hat die Revolution der Fürsten gegen den Kaiser am Ende zur Übernahme der Heeresgewalt durch den mächtigsten Bundesfürsten geführt und erst dadurch das Reich lebensfähig gemacht. Die Kraftgewalt, der Reichstag des deutschen Volks, kann daher seine Eigentümlichkeit nur darin suchen, wieder die Aufgaben der auswärtigen Politik zu setzen. Dem Kaiser und König die Stellung als Kriegsherrn schmälern, das hieße ihn zum englischen Schattenkönig machen und die Ohnmacht des alten Reichs wieder herbeiführen. Hingegen dem Reichstag und dem Reichsminister die Bestimmung der auswärtigen Politik vom preussischen Ministerpräsidenten zurückgewinnen; das heißt erst

die letzten Folgen der Fürstenrevolution des dreißigjährigen Kriegs beseitigen. Wenn man alles mit den Bajonetten kann, nur nicht auf ihnen sitzen, so bedeutet das wohl auch, daß die Maßnahmen der äußeren Volkshlenkung unterbaut sein müssen durch allgemeine Überzeugungen, Strömungen und Ideen, die im Volksganzen lebendig werden. Ohne ein Programm der auswärtigen Politik, auch künftig nur beschränkt auf sein Budgetrecht, bleibt der Reichstag abgesperrt von der erzieherischen Weltluft und Weltläufigkeit und muß sich dann wieder, eingepfercht in satanischem Parteienhaß, innerlich zerfleischen. Die Welt aber wird dann nicht aufhören, uns durch die Brille des preußischen Militarismus zu sehen.

Zu diesem Programm gehören mit Sicherheit einige Hauptpunkte praktischer Politik, mehrere aus jedem der drei Gebiete Recht, Kultur und Wirtschaft. Zahllose Einzelfragen schließen sich ohne weiteres an sie an. Sie ermöglichen für eine Fülle von Maßnahmen ein gedeihliches Zusammenwirken der neuen schwarz-rot-goldenen Mehrheit.

I. Internationale kulturelle Forderungen.

- a. Schule: Befreiung oder Freihaltung der Schule von einseitig nationaler, rein einzelstaatlicher Überspannung in der Geschichte.
- b. Sorge für die Überlieferung des europäischen Gemeinguts in Glauben und Wissen.

c. Ermöglichung einer Überwindung der nationalen Chauvinismen und einer wirklichen Erfassung der Muttersprache durch die Gegenüberstellung von Kunstmitteln der internationalen Verständigung: Latein, Esperanto oder dergl.

Gleich dieses erste Beispiel lehrt, daß der Kaufmann, der Gelehrte, der Priester und der Sozialist aus ganz verschiedenen Gründen trotzdem ein und dieselben Maßnahmen fordern müssen. Es ist aber das Wesen eines aussichtsreichen Programms, zahllose verschiedene Beweggründe für ein und dasselbe Ziel in Marsch zu setzen. Es verhält sich bei den folgenden Punkten auch so, daß Naumann, Erberger und Scheidemann in den Gründen eine Partei für sich, in den Aufgaben aber eine Arbeitsgemeinschaft bilden können. Gerade dies aber ist für das Verhältnis von Einzelpartei und neuer Mehrheit notwendig und beruhigend.

d. Hochschule: Sorgfältigere Unterscheidung zwischen einseitigem Staats-Hochschulbetrieb und dem Universitätsgedanken. Betonung des freien Stiftungscharakters der

Universitäten. Bestrebungen wie die des Solvay-Instituts in Brüssel oder der neuen Hochschule in Salzburg oder der Universitätsgründung in Frankfurt und der Nobelstiftung, die auf eine Entklammerung der Universitäten aus dem reinen Staatsbetrieb abzielen, sind in ihrer Zersplitterung mehr oder weniger unglücklich oder erfolglos geblieben. Das echte Ziel, das diesen Bestrebungen zu Grunde lag, ist für den Marxisten, für Liberale wie Ostwald und Katholiken wie Scheler gleich dringlich. Das mannigfache Versagen deutscher Philosophen und Geschichtsschreibung im Kriege hat ja gezeigt, wohin ein rein nationaler Betrieb der Geisteswissenschaften führt.

II. Europäische, keineswegs etwa nur mitteleuropäische Wirtschaftsforderungen:

- a. Schutz der Zusammenarbeit nützlich auf einander angewiesener Wirtschaftsgebiete, Freizügigkeit der wirtschaftlichen Unternehmungen, Austausch der elektrischen Kräfte und Rohstoffe.
- b. Schutz gegen Rohstoffmonopole einzelner Staaten oder Staatenverbindungen (Kupfer, Gold, Gummi, Kalk, Petroleum).
- c. Ausbau des Verkehrsnetzes durch europäische Kanalanlagen (Rheinschiffahrt,

Rhein-Donau, Elbe-Donau, Weichselregulierung)
 Regelung der Meeresschifffahrt, Sicherstellung gegen englische Hafenmonopole. Einheitlicher Flug- und Telegraphendienst usw.

III. Zwischenstaatliche Rechtsforderungen:

- a. Arbeiterschutz und -versicherung. Freizügigkeit. Tarifverträge, Gewerkschaftsbildung.
- b. Beamtenrecht. Linderung der drohenden Beamtenkrise durch zwischenstaatliche Konkurrenz. Damit Hebung des Standes und zugleich Überwindung der bürokratischen Versumpfung in den heut hermetisch abge-sonderten Staaten, die an Inzucht der Beamten kranken. Rest der alten Zustände in der Freizügigkeit der Priester, Professoren. Neue Ansätze: die sozialistischen Arbeitersekretäre.

Aus diesen Programmpunkten fließen für den Friedensschluß vier großpolitische Aufgaben:

1. Rom: Die Freiheit des Papsttums. Schutz des Glaubens (das Trentino als Kirchenasyl?).
2. Haag: Die Freiheit des Schiedsgerichts für die Rechte des Eigentums und des Seeverkehrs in Haag. Schutz des Privatrechts.
3. Stockholm: Die Freiheit der sozialistischen zwischenstaatlichen Organisation. Schutz der Arbeit.
4. Bern: Freiheit der Liebestätigkeit. Rotes Kreuz usw.

Darüber hinaus hat die Parteigemeinschaft noch ohne Schwierigkeit einheitliche Ziele in

1. der belgischen Frage. Die belgische Frage muß, sobald die ohne Landkarte ersonnene Annexion durch die Kriegszielresolution erledigt ist, zurückverwandelt werden in das n i e d e r l ä n d i s c h e Problem: Holland, Luxemburg, Belgien bilden eine Trias. Nur dadurch kann das belgische Problem entgiftet werden, indem die Vlaxen aller Niederlande gegen die Wallonen zusammenstehen. Denn z.B. in der luxemburgischen Frage haben wir unsererseits etwas zu bieten. Wie rechtlich und geistig, so ist auch wirtschaftlich Annäherung und Gegensatz zu uns für alle drei gleich wichtig. Das Mißtrauen gegen unsere Annexionsgelüste läßt sich daher nur durch die Anerkennung überwinden, daß Belgien in einem engeren Verhältnis zu Holland und erst beide zusammen später vielleicht in einem solchen zum Deutschen Reiche stehen können. Dies wird kein Papiervertrag festlegen, sondern es wird wie die meisten Früchte unserer Selbstbehauptung, erst in den folgenden Friedensjahren reifen.

2. In der elsäß-lothringischen Frage. Die Einberufung der Kammern dort hat bereits gezeigt, daß man den Teilungsplan nicht durchzuführen gedenkt. Die Vergangenheit gibt eben dem Lande gerade vom geschichtlichen, also deutschen, ebenso aber vom republikanisch-sozialistischen Standpunkt aus Anspruch auf eine eigenartige Verfassung; denn wesentliche Gesellschaftsschichten

sind hier anders gelagert als in den deutschen Monarchien. Die Jahre von 1789 bis 1914 haben Elsaß-Lothringen im Verhältnis zum übrigen Deutschland sicherlich zusammengeschweißt; daher Anerkennung seiner Eigenart, Ausbau zum Vollstaat. Eine vierte Republik ist im elastischen Rahmen der Reichsverfassung auch für den Monarchisten unbedenklich. Denn auch er kann doch Monarchien nur dort befürworten, wo sie bodenständig sind, gerade weil er die Treue als Kraft des Volkslebens schätzt.

3. In der polnischen Frage. Die Frage ist nur durch eine klare Ausbildung unseres Verhältnisses zu Österreich zu fördern. Nur Mitteleuropa kann mit der neuen Polen einig werden, niemals das Deutsche Reich allein.

Dieser letzte Punkt führt uns zu einem allgemeinen Überblick.

Unser erster Aufsatz sprach von der Gewissenszersplitterung der europäischen Parteien beim Eintritt in den Krieg. Der zweite zeigte die Bestandteile eines neuen, einheitlichen Bewußtseins, wie sie sich im Verlaufe der Friedensoffensive herausheben. Nunmehr haben wir die Spiegelung dieses Übergangs vom reinen Nationalismus zum europäischen Verantwortungsgefühl im Herzen Europas und in seiner Verfassung aufzufangen versucht. Der geistige Blutumlauf des Deutschen Reichs drängt über die schwarz-weiß-roten Grenzpfähle nicht ins Weltbürgertum, nicht in eine nebelhafte blaue

kosmopolitische Ferne, sondern in ein neues Reich der zwei Kaiser. So ist es nicht schwer, den Namen für die Bestrebungen dieser Art zu wählen, wie sie in der neuen Mehrheit und der Resolution unsicher die Zukunft suchen:

Ihre Ziele sind großdeutsch, nicht schwarz-weiß-rot, sondern s c h w a r z - r o t - g o l d. Die neue Internationale gründet sich auf den drei Kräften des zwischenstaatlichen Reichsrechts, des internationalen Glaubenslebens und des europäischen Gemeinnutzens: Schwarz-rot-golden ist ihr Panier. Sie ruft nach der Herzkammer für das Völkerleben und erwartet den Neubau Europas.

Drei Internationalen Des Reichs Proletariats
Der Kirche überstrahlen den Völkerriß des Staats.

e. Die neue Minderheit.

Die neue Mehrheit wird in ihrer inneren Berechtigung erst durch den Gegensatz klar, in dem sie zu den übrigen Reichstagsparteien tritt. Diese Minderheit für die Außenpolitik wird zunächst aus den Konservativen, den Nationalliberalen und der deutschen Fraktion bestehen, d. h. den drei Entwicklungsstufen der Parteibildung, gesehen von der „anderen Seite der Barrikade“. Die Konservativen und Nationalliberalen werden vielleicht aus dem Lager verängstigter Zentrumsparti-

kularisten Zuzug erhalten. Sie verkörpern alsdann
rechtlich, wirtschaftlich und kulturell die ausgesprochen
schwarz - weiß - roten

Interessen. Diese Minderheit ist als Gegenspieler eben-
so notwendig wie heilsam. Die preußischen Überliefe-
run en des Meerwesens und des Verwaltungslebens, die
völkische Blüte des Kulturlebens in den Einzelstaaten
und an den kleinen Höfen und schließlich die gedeih -
liche Entwicklung unserer schweren und wissenschaft -
lich betriebenen Industrie, sie alle bedürfen selbst-
verständlich einer wachsam und wirksamen Vertretung
Da kann also davon die Rede nicht sein, daß dieser

schwarz - weiß - roten Minderheit

der Weg zur parlamentarischen Macht dauernd vorenthal-
ten bleiben dürfte oder bleiben werde. Auch die Sun-
de wird wieder kommen, wo sie mit ihren Neigungen im
Volksleben an der Zeit ist. Aber heut ist sie es nicht
- heut, wo wir aus der Einsamkeit des Rechts, des Bewußt-
seins und der Wirtschaft den Weg ins Freie suchen.

Daß aber die neue Minderheit regierungsfähig
ist und bleibt, zeigt uns erst, daß wir wirklich ein
echtes parlamentarisches Zweiparteiensystem im Reich
erwarten dürfen. Beide, Mehrheit und Minderheit, ver -
fechten hohe Ziele. Beide sind zum Wohle des Reichs
unentbehrlich. Aber nur die Ziele der einen sind zeit-
gemäß, sind d r i n g e n d . Und deshalb sind sie zur
Zeit mit Recht im V o r d r i n g e n . Die Minderheit
kann auch leicht ein Programm aufstellen. Aber alle

seine Ideen würden darauf hinauslaufen, an der geistigen Vorstellungswelt von 1914 völkisch, rechtlich und wirtschaftlich festzuhalten. Gerade die äußerlich annexionistischen Parteien sind im Herzen ohne jede geistige Erneuerung: Rüstungen, Schutzzölle, Inzucht der Bürokratie, Staatssozialismus, Deutschhaltung der geistigen Arbeit, Antisemitismus: das sind nach wie vor ihre Programmpunkte. Daß Erzberger deshalb auf seine Herkunft „aus der jüdischen Pferdehändlerklave Buttenhausen“ festgenagelt wird, und Helfferich und Michaelis als Judenstämmlinge gelten müssen, sind nur die komischen Entgleisungen dieser streng-nationalen Einstellung. Wie gesagt, wir verkennen garnicht deren Berechtigung. Nur ist heut dem Volk die Kehrseite der Medaille wichtiger.

Nur der Gegensatz des schwarz-rot-goldenen und des schwarz-weiß-roten Programms wird die Wahlkämpfe wirklich beleben und die echten Gegensätze des Volkslebens zu würdigem Wettkampf wecken. Deshalb war der anfängliche Plan, die Nationalliberalen zur neuen Mehrheit zu ziehen, undurchführbar. Sie sind die Stimmführer des neudeutschen Wirtschaftslebens, und erst durch ihren Übertritt zur Minderheit klärt sich die Lage in den Wahlkreisen. Der Block Naumann - Paasche - Heydebrand war ebenso unhaltbar, wie der berühmte von Bassermann bis Bebel. Erst die neue Ghibellinenpartei mit ihrem mitteleuropäisch-zwischenstaatlich-völkereinigenden Programm ist geistig zum Zusammenschluß reif. Die neuen Quelfen aber verfechten wie

einst alle wertvollen Partikularismen des Reichslebens und schützen damit die Freiheit unseres Wesens, obwohl sie Machtparteien sind, während umgekehrt die neuen Ghibellinen, gerade weil sie Freiheitsparteien sind, die Macht des Reichs zu mehren imstande sind.

Schwarz-rot-gold bedeutet, daß von Deutschland aus eine geistige Bewegung ausgehen und den Erdteil ergreifen soll, nachdem wir durch Jahrzehnte engere und steilere Mauern um unser geistiges Leben getürrt hatten. Da ist es nun sehr bezeichnend, daß diese Bewegung uns nachgiebig und geberbereit allen Festlandsmächten gegenüber macht, aber zu Ansprüchen und Forderungen zwingt gegen den Zersplitterer des Festlands, England. Der U-Bootkrieg braucht die Mehrheit und Minderheit nicht länger zu entzweien.

Denn die Freiheit der Meere ist der Punkt des Programms - mitsamt der Frage der kolonialen Rohstoffversorgung -, der den Engländern noch abgezwungen und abgetrotzt werden muß. Wir stehen zu England anders als zu allen anderen Gegnern. Auch diese Einsicht ergibt sich erst aus dem Aufbau einer volkstümlichen Zieltafel der Außenpolitik. Englands Gold-, Flotten- und Hafenmonopol muß gebrochen werden. Sonst ist die schwarz-rot-goldene Zieltafel undurchführbar. Die pharisäische Antwort des englischen Unterhauses auf die Kriegszielresolution der Mehrheit am 27. Juli lehrt, daß es England, nur England gegenüber, aufs Ganze geht.

Nicht zur Minderheit gehört der radikale Flügel der Sozialisten, Haase - Fernstein. Diese werden auf absehbare Zeit zur bejahenden Mitarbeit an Reich nicht zu haben sein, weil jene Klärung des verschwommenen Schlagworts international in seine geographischen, geistigen und rechtlichen Bestandteile von ihnen als orthodoxen Marxisten abgelehnt wird. Sie sind jenes Zünglein an der Waage, das eine Zufallsmehrheit an Übergriffen hindern wird, den Iren des britischen Parlaments in früheren Zeiten vergleichbar. Falsche Theorien können nie durch richtige Theorien, sondern nur durch die lebhafte Gestaltung des Lebens verscheucht und widerlegt werden. Erst das international-zwischenstaatlich-europäische Programm ermöglicht eine sofort schaffensfähige, großzügige Bewegung der Mehrheit Sozialisten voller lockender Ziele. Erst sein Inhalt befreit die Mehrheit von der dem Deutschen ewig verhänglichen Tatsache, regierungsfern geworden zu sein.

Die Wunde der bloß verneinenden radikaler Minderheit an deutschen Volkskürper wird sich um so schneller schließen, je klarer der Nebel ihrer abstrakten Internationalität des Überall und Joderseits von der anschaulichen neuen kulturellen, rechtlichen und wirtschaftlichen Dreigestirn der schwarz-rot-goldenen Ziele verdrängt wird. Und diese Gestaltung kann heut nur unter der Ruhe erfolgen: heraus aus der Zwangsjacke der völligen Vereinsamung Deutschlands in der Politik: rechtlich, wirtschaftlich und geistig!

=====